

Das Erdöl und die Wegelagerer

von Oliver Landmann

Als der Ölpreis vor zwei Jahren in den Keller fiel, bedurfte es keiner grossen prophetischen Gaben, um vorauszusehen, dass er dort nicht ewig bleiben würde. Trotzdem hat der rasche Anstieg auf über \$30 pro Fass in diesem Sommer Schockwellen durch ganz Europa gesandt. Die Tatsache, dass die Endverkaufspreise real, d.h. im Vergleich zu der allgemeinen Teuerung, in den meisten Ländern immer noch niedriger sind als z.B. vor 20 Jahren, macht den Zorn der protestierenden Bauern, Fischer, Camioneure und Taxifahrer nicht kleiner. Für sie geht's ans Lebendige, und so setzen sie sich gegen die Banditen, die ihnen das Geld aus der Tasche ziehen, zur Wehr.

Wer sind diese Banditen? Auf dem Weg vom Bohrloch in den Tank des Endabnehmers muss das Erdöl mindestens drei Wegelagerer passieren, die am grossen Öldurst der Verbraucher verdienen wollen: Da ist zunächst das Kartell der erdölexportierenden Länder, die OPEC, die ihre Marktmacht mit wechselndem - im Moment wieder grösserem - Erfolg zur Geltung bringt; dann bestehen die Mineralölkonzerne auf ihrem Anteil; und schliesslich hält noch der Fiskus in den Abnehmerländern die hohle Hand hin. Diese drei Wegelagerer werden nicht müde, sich gegenseitig die Schuld an der aktuellen Situation zuzuschieben. Die Politiker der Industrieländer appellieren an die "Verantwortung" der OPEC für eine ausreichende Erdöl-Versorgung der Weltwirtschaft oder sie geisseln die "Habgier" der Konzerne, während die Mineralölwirtschaft und die OPEC ihrerseits die "exorbitante" fiskalische Belastung der Erdölprodukte, vor allem des Treibstoffs, kritisieren.

Tatsache ist, dass der jüngste Preisschub zwar von der OPEC ausgegangen ist, welche die Gunst der Stunde und die lebhaftige Weltkonjunktur für eine Einnahmenverbesserung genutzt hat. Tatsache ist aber auch, dass die meisten Länder Europas ihre Treibstoffzölle in den vergangenen Jahren massiv erhöht haben - was politisch einigermaßen schmerzlos über die Bühne gehen konnte, solange der Ölpreis auf dem Weltmarkt darniederlag und die Konsumenten die Steuerschraube daher nicht so stark spürten. Jetzt aber tut der kombinierte Zugriff aller Wegelagerer weh, und vor allem ist klar ins Bewusstsein gerückt, dass die fiskalische Belastung des Treibstoffs bis zu 70% des Endpreises ausmacht, in einigen Ländern sogar noch mehr. Die Forderung nach einer Lockerung der Steuerschraube ist vor diesem Hintergrund verständlich. Trotzdem ist sie aus mehreren Gründen falsch.

Erstens ist die Treibstoffsteuer rein fiskalisch eine 'gute' Steuer, weil sie eine vergleichsweise schwache Reaktion der Nachfrage provoziert und daher ergiebig ist. Zweitens setzt sie, obwohl sie bei weitem keine lehrbuchmässig-ideale Lenkungssteuer ist, Anreize, die verkehrs- und energiepolitisch in die richtige Richtung gehen. Drittens ist es kein Zufall, dass die Initiatoren der jüngsten Proteste und Strassenblockaden überwiegend aus Wirtschaftszweigen stammen, die schon länger mit Strukturproblemen kämpfen. Diese Probleme haben ganz

andere Wurzeln als die Treibstoffpreise und lassen sich durch einige hastig und opportunistisch gewährte Steuererleichterungen nicht lösen.

Ein vierter Grund folgt aus der elementaren ökonomischen Logik der Wegelagererei: Wenn entlang dem Transportweg des Erdöls mehrere Wegelagerer kassieren wollen, dann kann von der Zahlungskraft der Opfer (d.h. der Verbraucher) jeder Wegelagerer nur so viel schröpfen, wie ihm die anderen übrig lassen. Im Klartext: Die OPEC und die Mineralölindustrie können dem Verbraucher nur das abnehmen, was der Fiskus nicht wegsteuert. Wenn die Regierungen bei den Treibstoffsteuern jetzt Zugeständnisse machen, ist der Entlastungseffekt für die Verbraucher minimal, weil über kurz oder lang die Produzenten entsprechend kräftiger zulangen können. Wen wundert's da, dass sich die OPEC flugs als Freund der gebeutelten Erdölverbraucher gebärdet und in den Ruf nach niedrigeren Treibstoffzöllen einstimmt?

Gegen die geballte Monopolmacht der Produzenten schreitet auf internationaler Ebene keine Wettbewerbsbehörde ein. Somit gibt es nur ein wirksames Gegenmittel: Ebenso geballte Marktmacht auf der Nachfrageseite. Die vielen Millionen Erdölverbraucher haben individuell keine Chance, Marktmacht auszuüben. Aber die Besteuerung des Erdölverbrauchs bewirkt genau dasselbe, indem sie den Spielraum der Anbieter zur Erzielung von Monopolgewinnen einschränkt - so schmerzhaft dieser Zusammenhang den Verbrauchern auch vorkommen mag. Deshalb ist es genau verkehrt, in dem Moment, wo die Produzentenseite den Druck erhöht, den Gegendruck abzubauen.

Vordergründig mag es dem Verbraucher egal sein, bei welchem Wegelagerer sein Geld landet. Aber es ist natürlich nicht egal. Was bei der OPEC landet, ist weg. Hieran ändert sich auch dann nichts grundsätzliches, wenn die OPEC ihre Einnahmen zum Teil wieder bei uns ausgibt. Was dagegen beim Fiskus landet, bleibt im Land, finanziert (hoffentlich) wünschenswerte Leistungen des Staates oder trägt dazu bei, dass andere Steuern nicht noch höher sein müssen, als sie ohnehin schon sind.

Bei gleichbleibender Steuerbelastung des Ölverbrauchs ist es unvermeidlich, dass sich der gestiegene Ölpreis direkt auch in den Teuerungsstatistiken niederschlägt. Für die makroökonomische Stabilität in Europa folgt hieraus keine unmittelbare Gefahr, wenn die Lehren der beiden Ölpreis-Schocks der 70er Jahre beherzigt werden. Schon damals war es nämlich weniger die Verteuerung des Erdöls an sich, die den eigentlichen Schaden anrichtete, als der Versuch der gesellschaftlichen Interessengruppen, die unvermeidlichen Einkommensverluste von sich abzuwälzen, und das Bemühen der Zentralbanken, die hieraus resultierende Lohn-Preis-Spirale abzuwürgen.

So heikel der Umgang mit dem gestiegenen Erdölpreis politisch sein mag, ökonomisch ist das Rezept klar: Verzicht auf kompensierende Einkommensforderungen der Endverbraucher, Verzicht auf kompensierende Entlastungen bei der Besteuerung des Ölverbrauchs, Verzicht auf die Bekämpfung des direkten Teuerungseffekts durch die Geldpolitik.

Oliver Landmann ist ordentlicher Professor für theoretische Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg i.Br.